

Markus Euskirchen

EU-Außenpolitik und Militarisierung Von alten Erbfeindschaften über die Verfassung zur gemeinsamen Militärmacht*

Die Staatenfamilie (»Das internationale System«)

Das Verhältnis von Staaten untereinander ist wie das von Familienmitgliedern. So steht es in der Zeitung. (1) In einer Völkerfamilie sind jede Menge Gefühle im Spiel. Liebe, die nur als Eigenliebe vorkommt (»Patriotismus«), Freundschaften und Feindschaften. Man hilft sich oder verharrt in Egoismus, man ist enttäuscht, zieht sich zurück und faßt wieder Hoffnung, baut Vertrauen auf oder verspielt es. Dann kommt es zum Dialog der Familienoberhäupter, manchmal muß eine dritte Partei zwischen den Streithähnen vermitteln, damit wieder Harmonie herrscht und das Mißtrauen weicht. Der Familienfrieden ist bei aller Zuneigung stets in Gefahr und alle ringen um ihn, weil irgendwer ständig Unfrieden stiftet und mit irgendwem ringt. Alle Zeitungsleser wissen, daß das nicht stimmt, halten jedoch an diesem Bild fest, weil ihnen die wahren Ursachen für die permanente und nur temporär unterbrochene Feindschaft zwischen Staaten verborgen bleiben und sie sich so etwas wie eine einige Völkerfamilie immerhin vorstellen können - wenn es eben nur keine Quertreiber gäbe. Und so endet ihre Suche nach den Ursachen für die Unfriedlichkeit der Staatenwelt stets in der Benennung von Schuldigen, von Böswilligen, die aus Dummheit oder Egoismus die für alle günstigen Regeln des Zusammenlebens verletzen. Am Ende steht also statt *Kritik* der internationalen Politik- und Wirtschaftsordnung stets die *Parteinahme* - nicht zufällig meist für die eigene Regierung. Ein gewollter und folgenschwerer Irrtum. Denn die Ursache dafür, daß ein Nationalstaat in den anderen eine permanente Bedrohung sieht, ist ebenso offensichtlich wie unter den Bedingungen des gegebenen Staaten- und Weltwirtschaftssystems unabänderlich. Dieses System wird nach außen von Militär und Nachrichtendienst, nach innen von Polizei und Staatssicherheit zementiert. Die Institutionen des Gewaltmonopols stehen dabei selbst *außerhalb* der unmittelbaren ökonomischen Beziehungen (2) und dienen dazu, die Institution des Privateigentums zu sichern, die allgemeinen Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise zu gewährleisten und so das Wachstum der nationalen kapitalistischen Ökonomien zu fördern (3), das über

Steuern und Abgaben wiederum die staatlichen Institutionen finanziert. (4)

Um andere benutzen zu können, muß man selber stark sein.

Gerhard Schröder macht es plastisch:

»Wenn Deutschland seine Rolle in Europa und damit Europa seine Rolle in der Welt in dem gekennzeichneten Maße spielen will und soll, ... dann reicht es eben nicht aus, das nur zu wollen, sondern dann muß man das Land ökonomisch instand setzen, auch die Kraft zu haben und sie diesem Europa zur Verfügung zu stellen, um diese Rolle realisieren zu können.« (5)

Der deutsche Kanzler ist sich des direkten Zusammenhangs zwischen Aufrüstung/militärisch-imperialer Außenpolitik (»Rolle in der Welt«) und Sozial-/Lohnabbau (»Land ökonomisch instand setzen«) bewußt. Das kann man »Imperialismus« nennen, was zwar gewaltträchtiger klingt als »internationale Zusammenarbeit« zum »allseitigen Nutzen« in einer »wechselseitigen Abhängigkeit« (6), aber nichts anderes meint. Denn jeder Schritt imperialistischer Politik besteht entsprechend ihrem Ziel - der eigenen Nation die Produktion von Reichtum auch unter fremder Souveränität dienstbar zu machen - in einer Schädigung der Interessen anderer Staaten. Das wissen Politiker, reisen sie doch ständig hin und her (»Diplomatie«) nur mit dem Zweck, die Anliegen der eigenen Nation mit Zustimmung der anderen durchzusetzen, obwohl diese dabei manchen Nachteil in Kauf nehmen müssen. So real die wechselseitige Abhängigkeit der Kapitalstandorte voneinander ist, so offen ist die Frage, wer wessen Abhängigkeit ausnutzen kann und wer ausgenutzt wird.

Da zwischenstaatliche Verträge von keinem Gewaltmonopolisten garantiert werden, bleibt für jeden Staat sein nationales Gewaltpotential das entscheidende Mittel, die Gültigkeit zwischenstaatlicher Vereinbarungen sicherzustellen oder zu seinem Nutzen zu modifizieren. Damit gerät das Militär in den Blick: Außenpolitik ist - auch im Falle noch so zivil erscheinender Außenwirtschaftspolitik - wenigstens implizit *militärische* Außenpolitik. Jeder Staat verwendet große Teile seines Reichtums für den Aufbau einer Streitmacht, weil er aufgrund der Konkurrenzsituation davon ausgehen *muß*, daß seine außenpolitischen Interessen gefährdet oder verletzt werden. Erst die Militärmacht im Rücken verschafft Außenpolitikern Handlungsfreiheit im friedlichen diplomatischen Verkehr untereinander. Deutschlands Außenminister Joseph Fischer:

»Militärisch ist Europa aus der Sicht Amerikas unwichtig, aber nicht ökonomisch und politisch ... Wir müssen unsere militärische Kraft verstärken, um auch auf diesem Sek-

tor als Faktor ernst genommen zu werden« (Fischer in der »Frankfurter Allgemeinen« vom 17.3.2002).

Außenpolitik und Militär

»Angesichts der großen Bedrohungen - Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, gescheiterte Staaten, interne und regionale Konflikte - muß die EU in ihrer Weltregion, auf der Ebene der Weltordnung und an vorderster Front jenseits ihrer Grenzen tätig werden... Um die entsprechenden Fähigkeiten der EU zu erhöhen, müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um die verfügbaren Ressourcen aufzustocken und für eine effektivere Nutzung in einem Pool zusammenzufassen.« (Mitteilung der Kommission) (7)

Die Ziele europäischer Politik lassen sich - bei aller Uneinigkeit der Europäer im Detail - analog zu denen auf nationalstaatlicher Ebene beschreiben. (8) *Innenpolitisch* geht es darum, die Bedingungen der Kapitalakkumulation zu optimieren, die daraus resultierenden gesellschaftspolitischen Spannungen in Kompromisse abzuleiten und wenn nötig - bei systembedrohendem Gehalt - nicht-integrierbare Positionen mit Gewalt zu eliminieren. In der *Außenpolitik* geht es darum, Verhältnisse und Bedingungen zu schaffen, in denen sich die Ordnungsvorstellungen und Interessen der eigenen politischen Einheit durchsetzen und möglichst expansiv weiterentwickeln. Imperialistische Politik muß so verfahren, ob einzelne Politiker oder auch Institutionen das wollen oder nicht (was jedoch nicht heißt, daß die meisten Politiker nicht wollten, was sie müssen). Im Hinblick auf die Frage, *welche* Ordnungsvorstellungen derartige Innen- bzw. Außenpolitik produziert und reproduziert, gilt es sich vor Augen zu halten, daß der weltweit dominierende Vergesellschaftungsmodus in der Einheit Nationalstaat-Kapitalismus besteht. So schreibt ein EU-Parlamentarier in einem Sammelband zur EU-Verteidigungspolitik, man müsse

»Stabilität, Demokratie und Menschenrechte ... exportieren.« (9)

Stabilität heißt verlässlicher Bestand von Privateigentum und Verträgen. *Demokratie* heißt die Reproduktion der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit durch die Garantie der politischen Gleichheit als Voraussetzung von Kapitaleinsatz und Lohnarbeit. Die formal-rechtliche Gleichsetzung materiell Ungleicher garantiert den Klassencharakter des zu exportierenden Gesellschaftsmodells: die Eigentümer von Produktionsmitteln gegen jene, die lediglich ihre eigene Arbeitskraft feilzubieten haben. *Menschenrechte* - abstrakt, allgemein, unbestimmt - liefern die ideologische Begleitmusik für jede noch so interessen-

geleitete und machtpolitisch motivierte Intervention, mit der das verwertungsorientierte Ordnungsmodell sich Bahn bricht. (10)

»Der Staat ist ebenso der Geburtshelfer des Kapitalismus ... wie die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise den pazifizierenden, Ordnung stiftenden Staat erfordert und durchsetzt.« (11)

Während der Kapitalismus auf die Staatsgewalt angewiesen ist, ist umgekehrt der außerökonomische Komplex Staat-Militär, der ja auch ökonomische Mittel braucht, materiell abhängig von einer erfolgreichen Mehrwertproduktion, an der er sich per Steuer bedient.

Die Palette militärischer Aktivitäten will ausgestattet und finanziert sein, denn militärische Rüstung hat die Eigenart, daß sie nicht nur als materieller Gegenstand allmählich veraltet (materieller Verschleiß), sondern daß die jeweils eigenen Rüstungsgüter immer in der Konkurrenz zum Zustand der Waffenbestände der anderen gesehen werden und darüber veralten (»moralischer Verschleiß« - Marx). So ist es ständig (und nicht nur, wenn das Haupteinsatzfeld einer Armee von der Landesverteidigung zur weltweiten Intervention verschoben wird) nötig, neue und unbenutzte Waffensysteme durch noch neuere zu ersetzen. Alleine diese Räumung von Arsenalen (und die damit verbundenen neuen Aufträge für die Rüstungskonzerne des militärisch-industriellen Komplexes) stellt zwar keinen veritablen Kriegsgrund, aber doch einen positiven Nebeneffekt eines Einsatzes dar. (12)

Derartige Nebeneffekte lassen sich jedoch nicht zur Idee verallgemeinern, daß Staaten Kriege führen, um ihrer nationalen Rüstungsindustrie (Extra-)Profite zu bescheren. Denn im Krieg wird zwar Waffenmaterial zerstört, Neuanschaffungen und Ersatz sind also nötig. Auf der einen Seite ist also nicht zu bestreiten, daß Kriege den Rüstungsunternehmen zusätzliche Aufträge und damit Umsatz bringen. Es muß allerdings klar sein, daß Kriege nicht *aus diesem Grund* geführt werden. Damit wäre unterstellt, daß ein Krieg gar nicht im staatlichen Interesse liegt, sondern der Staat ihn nur führt wegen eines partikularen Interesses - dem der Rüstungsindustrie bzw. des »militärisch-industriellen Komplexes«; daß ein Bombardement dem Staat, der es anordnet, also vielleicht sogar schadet. Ausgerechnet in dem Moment, in dem ein Staat per Zerstörung und Tötung seine Macht zum Ausdruck bringt, soll darin letztlich nur dessen Ohnmacht gegenüber dem Rüstungskapital zum Ausdruck kommen?

Exkurs gegen die Idee vom »militärisch-industriellen Komplex«

Alle Staaten haben ein starkes Interesse an der Existenz einer nationalen Rüstungsindustrie. Doch nur wenige können

sich eine solche auch leisten. Die Regierungen von Staaten wie den USA oder der BRD sorgen dafür, daß ihre Rüstungsbranche privatwirtschaftlich existieren kann, sorgen also für deren Profite. Als faktischer Monopolabnehmer ihrer Produkte hat die staatliche Seite eine starke Stellung gegenüber den Waffenproduzenten, die mit »Abhängigkeit« nicht korrekt beschrieben ist. Im Gegenteil, mehr als allen anderen Unternehmen wird der Rüstungsbranche seitens der staatlichen Beschaffungsbürokratie vorgeschrieben, was sie wie und wann zu produzieren hat und wem sie es verkaufen darf. Darüber hinaus illustrieren Rüstungsexportbeschränkungen den Tatbestand, daß der Staat keineswegs in den Händen seiner Waffenproduzenten ist. Dann doch eher umgekehrt: Wenn es politisch opportun ist, wird der Rüstungsbranche die Nutzung lukrativer Märkte verboten. Das Geschäft der Waffenkonzerne steht unter politischem Vorbehalt. Einerseits gefällt Regierungen eine Rüstungsindustrie auf ihrem Herrschaftsgebiet. Andererseits bedeuten Rüstungsausgaben eben auch Kosten. Diese Kosten sind innerhalb staatlicher Herrschaftslogik einerseits notwendig, andererseits sollen sie möglichst niedrig sein. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die nationale Beschaffungspolitik: Idealerweise hat das Tötungsgerät beste Qualität, ist auf neuestem Stand, ist extrem preiswert und kommt aus dem eigenen Land. Da dies aber nicht immer der Fall ist, fahren Verteidigungsministerien unterschiedliche Strategien: Sie prüfen Angebote von ausländischen Rüstungsunternehmen und setzen so ihre heimische Industrie unter Kostendruck. Sie sorgen über politischen Druck dafür, daß ihre heimischen Firmen Aufträge bekommen. Sind diese zu unproduktiv, wird über Fusionen und Übernahmen die Konzentration der Branche veranlaßt. (13) Oder die Beteiligung kapitalstarker ausländischer Firmen wird zugelassen bzw. aktiv gegen den Widerstand des Firmenmanagements verhindert. Daß das staatliche Rüstungsbudget kein Selbstbedienungsladen für die Rüstungsindustrie ist, haben jüngst die USA gegenüber ihrem Branchenführer klargestellt: Boeing wurde aufgrund unsauberer Geschäftspraktiken ein Milliardenauftrag über Tankflugzeuge entzogen, der statt dessen erst einmal international ausgeschrieben wurde. Potente Regierungen sind in ihren Kriegsentscheidungen von der nationalen Rüstungsbranche unabhängig. Rein ökonomisch betrachtet ist die Rüstungsindustrie zudem zu klein, um von nationalökonomischer Bedeutung zu sein. Von »Abhängigkeit« des Staates läßt sich nur insofern sprechen, als Regierungen auf eine florierende heimische Militärindustrie größten Wert legen und daher stets ein offenes Ohr für deren Wünsche

haben. Letztlich aber relativieren sich die Bedürfnisse der Branche an den staatlichen Interessen, die mit diesen Waffen verfolgt werden sollen.

Wer Kriege allein durch den Verweis auf die Macht des »militärisch-industriellen Komplexes« zu erklären versucht, sieht statt *staatlichem* Interesse Partikularinteressen am Werk. Er argumentiert wie diejenigen, die überhöhte Sozialausgaben für das Werk des »sozialstaatlich-industriellen Komplexes« halten - eine bemerkenswerte Fortentwicklung eines Begriffes mit vorübergehend antiimperialistischer Dynamik. Um es zusammenzufassen: Nicht der Staat ist das Mittel einer Militärclique, sondern auch das Militär ist den Prinzipien von Privateigentum und Warentausch unterworfen. Exkurs Ende.

Die kapitalistische Ökonomie großer Staaten ist so rentabel, daß sie über die Steuern die Mittel für Aufbau und Unterhalt einer riesigen Militärmaschine aufbringt. Damit verschafft sich die kriegsbereite Politik die Freiheit, auch Kriege zu führen, die nicht unmittelbar ökonomisch lohnend sind. Nicht mehr nur um zu erobern, sondern auch zur Beseitigung politischer Hindernisse, die er durch sein Wirken selbst provoziert, hält sich der imperialistische Staat ein Militär. Gleichzeitig wird die massive Konsumnachfrage des Militärs zu einem dynamischen Faktor kapitalistischer Ökonomie. Das moderne Militär ernährt sich nicht mehr aus dem Krieg, sondern von kapitalistisch-friedlich eingetriebenen Steuern. Spätestens die Haager Landkriegsordnung von 1907 kodifiziert diesen historischen Wandel der Kriegsökonomie. Ihr Artikel 46 sieht den Schutz des Privateigentums vor, Plünderungen werden in den Artikeln 28 und 47 explizit geächtet, Artikel 52 regelt die Bezahlung der Naturalversorgung von Besatzungstruppen durch die einheimische Bevölkerung usw. (14)

Neben der Schaffung und Sicherung des Kapitalverhältnisses nach innen vertritt der Staat die Interessen der eigenen Nationalökonomie nach außen gegenüber anderen Staatsgewalten und verschafft ihnen per inter- und multinationale Vereinbarungen, Abkommen und Verträge Geltung. Da im zwischenstaatlichen Verhältnis der nationale *Gewaltmonopolist* in die *Gewaltkonkurrenz* mit dem anderer Staaten gesetzt ist und nicht immer internationale Interessenidentität herrscht, ist das Militär das entscheidende Mittel zur außenpolitischen Machtentfaltung. Vor diesem Hintergrund bildet die militärische Zusammenarbeit konkurrierender Nationalstaaten als Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses ein bemerkenswertes Phänomen: Zwei oder gar mehrere nationale Gewaltapparate bzw. die dahinterstehenden Regierungen vereinbaren, daß sie sich

auf absehbare Zeit nicht vorstellen können, in eine Situation zu kommen, die sie ihre Interessenkonflikte miteinander militärisch austragen läßt. Die militärorganisatorische Verschränkung von Truppenteilen nicht nur auf der politischen und der Führungs-, sondern auch auf der Mannschaftsebene (z. B. deutsch-französische Brigaden) »verschmilzt« die beiden Gewaltapparate soweit, daß ein plötzliches militärisches Gegenüber nicht mehr möglich ist. Die Staaten verzichten damit im Verhältnis zueinander einstweilen auf das wirkungsvollste Mittel aller Diplomatie.

Aufgaben des Militärs

Kriegführung

Zur Bestimmung der Funktion von Militär als Mittel von Außenpolitik (15) bringt uns eine pure Aufzählung von Fakten - allein die Bundeswehr hält über 2.500 Gebäudekomplexe, über 7.000 Panzerfahrzeuge, etwa 1.250 Flugzeuge und Hubschrauber, eine Flotte von über 100 Kriegsschiffen und etwa 300.000 Soldaten - nicht weiter. Weiterhilft ein Blick auf die außenpolitischen Tätigkeitsfelder des Militärs. (16) Noch immer ist der Glaube weit verbreitet, Landesverteidigung sei die eigentliche Aufgabe des Militärs. In der BRD ist dieser Glaube sogar verfassungsrechtlich untermauert, denn das Grundgesetz sah zunächst keine andere Verwendung für die Bundeswehr vor: »Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf« (Art. 87a Abs. 1 GG).

Wenn auch im BRD-Gegenwartsbewußtsein wesentlich weniger präsent, war es historisch jedoch durchaus die Regel, daß das Militär - etwa in revolutionären Situationen - immer auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wurde (17) und sich hat einsetzen lassen. (18) Auch hat es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges weiterhin *zwischenstaatliche* Kriege gegeben, haben militärische Auseinandersetzungen innerhalb von Staatsgrenzen (19) oder in Staatszerfallsprozessen (20) deutlich zugenommen. Der eigentliche Zweck kriegerischer Einsätze bestand daher in den vergangenen Jahrzehnten eher in der militärischen Unterstützung von Machterwerb und Machterhalt politischer Eliten, in der Ausbildung von stabiler Herrschaft in Form von politischen Institutionen und bestimmter ökonomischer Systeme und in der Absicherung derselben gegen militante Kritik, Rebellion, Revolution, Herrschaftsabbau und damit Machtverlust. In den 1990er Jahren - nach dem Ende der Ost-WestKonfrontation und den damit einhergehenden, sich gegenseitig immer weitertreibenden Aufrüstungsentscheidungen - fand dieser Zweck die Form der sogenannten internationalen humanitären Militärintervention. Die Rüstungsentscheidungen blie-

ben die gleichen (z. B. die Beschaffung eines neuen Jagdbombers), bekamen jedoch neue Namen und Begründungen. So stiegen die Rüstungsausgaben weltweit allein 2003 um elf Prozent und werden wohl weiter zunehmen. (21)

Drohung

Ist das Militär gerade nicht im Kriegseinsatz, so befindet es sich im *Kriegsvorbereitungseinsatz*: In Manövern wird auf der Basis nicht-öffentlicher Freund-Feind-Projektionen (»Einsatzszenarien«) die Fähigkeit zur Kriegführung geübt. Truppen der Bundeswehr waren von 1991 bis 2000 - zusätzlich zu den Kriegen und Interventionen - an 27 größeren Manövern (jedes einzelne mit mehr als 3.000 Soldaten und das größte mit 42.850 Soldaten) beteiligt. (22) Die Geschäftigkeit verweist auf den hohen Organisationsgrad, auf dem die militärischen Beschäftigten vorgehalten werden.

Zweck der Übung ist die Drohung, bei Verletzung der eigenen staatlichen Interessen durch einen anderen Staat oder neuerdings durch »Terrororganisationen« zurückzuschlagen. In Friedenszeiten verzichtet kein Staat auf die nach außen gewendete Demonstration: »Seht her, das ist unser Gewaltapparat, er funktioniert und wir werden ihn im Sinne unserer Interessen einzusetzen wissen.« Die Demonstration der Überlegenheit soll den Willen des fremden Souveräns beugen und ihn dazu bringen, sich in den Abhängigkeiten einzurichten, die ihn schwächen. Insofern - und nur insofern - ist das Militär tatsächlich für den Frieden da. Es erzwingt ihn durch die Kriegsdrohung. Dabei gilt es, die Drohung mit Gewalt möglichst eindrucksvoll zu gestalten, damit ihre Anwendung überflüssig wird. Denn die Anwendung widerspricht unmittelbar den ökonomischen Zielen, die eine imperialistische Nation verfolgt. Ein Krieg vermehrt nicht ihren Reichtum, sondern mindert ihn unmittelbar.

Militär ist ein Mittel und nicht der Zweck von Außenpolitik. In einer Welt, die durch die Konkurrenz kapitalistischer Staaten und Staatenblöcke geprägt ist, bedeutet militärische Hegemonie die Möglichkeit, die Regeln der Konkurrenz zu bestimmen. Das heißt aber nicht, daß jeder Konflikt gleich militärisch ausgetragen wird. Allerdings nutzen Staaten durchaus Kriege zu dem Zweck, ihre Kriegsfähigkeit unter Beweis zu stellen (23) und dadurch das Drohpotential zu erhöhen, um weitergehende Einsätze überflüssig zu machen.

Moralische Aufrüstung: pseudo-reflexiver Nationalismus

Offen oder gar aggressiv vorgetragene nationalistische Positionen sind seit Anfang der 1970er Jahre - aus historischen

Gründen vor allem in Deutschland - tabu. Der Habitus des von Selbstzweifeln Geplagten, der vorgibt, aus der Geschichte gelernt zu haben, ermöglichte der rot-grünen Regierung, die deutsche »Re-Verkrieglichung« (W.-D. Narr) weiter voranzutreiben. Was schwarz-gelb *trotz* deutscher Vergangenheit begann, konnte rot-grün *unter Berufung auf* deutsche Vergangenheit fort- und zu Ende führen.

Verteidigungsminister Scharping deckelte mit seinen Lügen (Stichworte: »KZs im Kosovo« (24), »Hufeisenplan«, Racak-Lüge, die von Serben gegrillten Föten (25), die Instrumentalisierung der Flüchtlinge für Nato-Zwecke (26)) alle Einwände gegen den Angriff auf Jugoslawien. Er ging nie juristisch gegen Medienberichte vor, die beschrieben haben, mit welchen Lügen er den Nato-Angriffskrieg gegen Jugoslawien verbal einleitete. Die OSZE hatte noch direkt vor Beginn der Nato-Bombardierung festgestellt, daß es keine Vertreibungen und schon gar keine Massenmorde gebe, sondern nur Tote in Kämpfen uniformierter Kämpfer der serbischen Armee und der kosovo-albanischen Untergrundarmee.

Außenminister Fischers Einlassungen hatten die gleiche Stoßrichtung und dienten dazu, auch den kleineren Koalitionspartner auf den Kriegskurs einzustimmen. So erklärte er in seiner Rede auf dem Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen am 13. Mai 1999: »Aber ich stehe auf zwei Grundsätzen: Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz; nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus.« (27) Mit dieser Erklärung gewann er die Mehrheit seiner Partei für die Bombardierung Jugoslawiens. In den Köpfen speziell der Grünen, aber auch der Bevölkerung im allgemeinen, mobilisierten diese Lügen und Instrumentalisierungen Bilder der Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus. Hatte es bisher geheißen »Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz«, so war nun die Praxis »Krieg, weil nie wieder Auschwitz« durchgesetzt. Da es zwar kriegerische Auseinandersetzungen mit all ihren Auswirkungen auch auf Zivilisten gegeben hatte, aber keine systematischen Vertreibungen, KZs, Massenmorde oder ähnliches, müßte sich der Vergleich mit der Vernichtung der europäischen Juden eigentlich von selbst verbieten. Daß er das so hartnäckig nicht tut, deutet auf den sehr interessierten Blick der deutschen Öffentlichkeit hin. Es ist das gleiche Interesse wie das der Bundesregierung. Auch ideologisch sind die Rot-Grünen eifrig am modernisieren: Ergebnis ist ein pseudo-reflexiver Nationalismus, der gelernt haben will, der sich auf seine eigene Geschichte selbstkritisch zu beziehen scheint und daraus Legitimität für die Militarisierung von Außenpolitik und die Teilnahme an Angriffskriegen bezieht. Wenn Kriege jetzt dank Rot-Grün für Men-

schenrechte geführt werden und/oder damit Auschwitz nicht sich wiederhole, wer kann dann noch gegen Krieg sein? Auch wenn der offene Nationalismus unter Rot-Grün noch geächtet bleibt, wird diese schlauere Version angesichts der fortwährenden Anstrengungen in Sachen Normalisierung (Walser, »Der Brand« etc.) wohl kaum hegemoniales Nationalbewußtsein werden. Aber für die Eingliederung der Grünen und des linken Flügels der SPD ins nationale Projekt war sie unerlässlich. Die Herstellung eines nationalen Konsenses über die Militarisierung der Außenpolitik und die Kriegführung war notwendig, weil die Aufrechterhaltung des staatlich-kapitalistischen Herrschaftsverhältnisses zwar letztinstanzlich durch polizeilich-militärische Gewalt abgesichert ist, es jedoch »nie einen Staat gegeben (hat), der sich ausschließlich auf Gewaltmittel hätte stützen können« (Hannah Arendt) (28). Herrschaft bedarf der Zustimmung der Beherrschten, denen schließlich abverlangt wird, im Ernstfall für die außenpolitischen Projekte ihrer Regierungen (»*unser* Land«) auch mit ihrem Leben einzutreten (»Verantwortung übernehmen«). Nur auf der Basis eines tiefenwirksamen Nationalismus ist das staatsbürgerliche Individuum bereit, militärischen Gehorsam zu leisten, zu töten oder gar sich selbst töten zu lassen.

Militärische Handlungsfähigkeit als historisches Ziel...

...des BRD-Strebens nach Souveränität

Deutschland ging - aus staatsmännischer Sicht - mit einem entscheidenden Defizit aus der totalen Kapitulation des NS-Staates hervor: Es hatte kein Militär und war auch sonst - mit der Trennung in Besatzungszonen und später in ost- und westdeutschen Staat - nicht souverän im Sinne einer außenpolitisch mit allen Mitteln nach den eigenen Interessen handlungsfähigen Einheit. Adenauer machte die Herstellung staatlicher Souveränität (29) zum westdeutschen Staatsziel Nr. 1, das bis zu seiner Verwirklichung in den 90er Jahren von allen Regierungen kontinuierlich verfolgt wurde. Zunächst sollte über die Wiederbewaffnungsfrage Souveränitätsgewinn erzielt werden.

»Als dann 1956 das Grundgesetz mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag durch die sogenannten Wehrartikel geändert wurde, holte man nur programmatisch nach, was politisch schon vollzogen war. Der Kanzler hatte den westlichen Alliierten schon 1949 einen deutschen Verteidigungsbeitrag angeboten.« (30)

Die Wiederbewaffnung war jedoch nur im Zusammenhang mit einer strikten Einbindung in die westliche Militärallianz und das westliche Gesellschaftsmodell zu verwirklichen. Mit

machen wurde zum Habitus noch-nicht-souveräner westdeutscher Außenpolitik. (31)

Für Deutschland wurde dabei jedoch gleichzeitig das europäische Projekt zum Hebel der Emanzipation. Wollte der französische Präsident Charles de Gaulle über das Projekt Europa den Erbfeind Deutschland noch politisch kontrollieren und dessen Wirtschaftskraft für Frankreich nutzen, sah Deutschland die Chance, aus der Rolle des Kriegsverlierers heraus in die des Anführers eines mächtigen Staatenbündnisses hineinzuwachsen. Daher waren die Deutschen immer viel Europa-gemeinschaftlicher - mit dem Hintergedanken, daß das neue Staategebilde im wesentlichen das ihre sein würde. Im Prozeß der langsamen Herausbildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und später der Europäischen Gemeinschaft (EG) wurde deutsche Außenpolitik zwar zunehmend unabhängig vom US-Einfluß, mutierte jedoch bereits zu europäischer Innenpolitik.

Mit dem Besatzungsstatut vom 21.9.1949 hatten sich die drei Westalliierten Frankreich, Großbritannien und USA wichtige Hoheitsrechte jenseits des neugeschaffenen Grundgesetzes vorbehalten. Militärische Handlungsfähigkeit als die höchste Ausdrucksform nationalstaatlicher Souveränität war für Westdeutschland nur über die Nato zu erreichen. Ein Teil der Souveränitätseinschränkungen fiel denn auch 1955 mit dem Deutschlandvertrag und den Pariser Verträgen weg. Für West-Berlin galt das alliierte Besatzungsrecht jedoch fort. Auch die umfangreichen englischen, französischen und britischen Militärbasen auf westdeutschem Boden blieben Ausdruck eingeschränkter staatlicher Souveränität. Jede Außenpolitik der BRD bis 1989 war denn auch darauf ausgerichtet, zum gleichberechtigten Nato-Partner zu werden. Der endgültige Souveränitätsgewinn Deutschlands wiederum bedeutete eine graduelle Machtverschiebung innerhalb des westlichen Kriegsverbündnisses. Durch geschickte Ausnutzung unterschiedlicher Interessen der Besatzungsmächte organisierte die Adenauer-Regierung deren Einwilligung zur Wiederbewaffnung. Die Bundeswehr, gegründet 1955, hat seit 1958 sogar Zugang zu Atomraketen - auch wenn die Sprengköpfe formal unter amerikanischem Verschuß blieben.

»Konrad Adenauer hatte sehr genau gewußt, daß der von ihm betriebene deutsche Wehrbeitrag militärisch belanglos, aber politisch unverzichtbar war, wenn seine Stimme und die der deutschen (wirtschaftlichen) Interessen gehört werden sollten. Daß die kleinen Leute, die damals >ohne mich< riefen und die, subjektiv verständlich, von deut-

schem Militär und deutscher Rüstung nichts hören wollten, das nicht verstanden, konnte man ihnen nachsehen - sie würden schon nach und nach zur Akzeptanz der Bundeswehr erzogen werden; und sie wurden erzogen.« (32)

Bis 1989 konnten die USA den vielfältigen Initiativen ihrer europäischen Verbündeten relativ gelassen zusehen, weil diese durch ihre inneren Widersprüchlichkeiten von vornherein zum Scheitern verurteilt waren: Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) scheiterte an der historisch begründeten Furcht vor deutschen Soldaten (33), die ursprünglich gegen Deutschland gegründete Westeuropäische Union (WEU) (34) blieb ein bedeutungsloses Anhängsel der Nato, und alle Spielereien mit deutsch-französischen Atomwaffen beantworteten die USA mit attraktiv klingenden Vorschlägen, dem Atomwaffen-Nichtverbreitungspakt und starkem diplomatischem Druck.

Nach 1989/90: Neue Deutsche Außenpolitik

Die Widerlegung und Überwindung solcher Bedenken war notwendig für eine deutsche Außen- und Militärpolitik, die ihre Handlungsspielräume ausweiten (35) und die »Pflichten« des wieder größeren Deutschland - auch militärisch - wahrnehmen wollte. Das neue außenpolitische Gewicht - mit Betonung etwa auf Strategien der gewaltfreien Konfliktbearbeitung, der Gerechtigkeit und des Ausgleichs in den Nord-Süd-Beziehungen - in die Waagschale der Weltpolitik zu werfen, war demgegenüber kein ernsthaft in Betracht gezogener Politikentwurf des außenpolitischen Establishments und seiner Politikberater für eine neue deutsche Außenpolitik, sondern ein frommer Wunsch einiger Friedensforscher und linksliberaler Feuilletonisten, denen ihre Staatskritik abhanden gekommen war oder die nie eine gehabt hatten. Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation begann im übriggebliebenen westlichen Militärbündnis eine Aufgaben- und Legitimationssuche. So hat die neue außenpolitische Ungewißheit der »Blocklosigkeit«, gepaart mit der neuen »vollendeten« Souveränität, eine Diskussion um die neue Außenpolitik der BRD hervorgebracht. (36) Die maßgeblichen Eliten (regierende Außen- und Sicherheits- bzw. Militärpolitiker, politikberatende *scientific community* in den Bereichen Internationale Beziehungen und Außenpolitik) wollten nicht auf das Macht- und Politikmittel Militär innerhalb des postulierten »Primats der Politik« verzichten oder meinten, nicht darauf verzichten zu können. Schrittweise definierte die deutsche Außen- und Verteidigungspolitik neue Betätigungsfelder und ließ neue Begründungsmuster formulieren. (37) In den Jahren 90/91 wurden auf Nato-Kommando- und Gipfelebene neue Aufgaben für die Militärapparate der Mitglieds-

staaten entwickelt. Die Ausarbeitung und Umsetzung erfolgte in der Bundeswehr in mehreren Schritten:

- Im Februar 1992 wurde ein Papier vorgelegt mit dem Namen *Militärpolitische und Militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr*, kurz: *Stoltenberg-Papier*. Formuliert wurden ein »weiter Sicherheitsbegriff« und »deutsche Sicherheitsinteressen« sowie eine »militärpolitische Lagebeurteilung«.
- Mit den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* vom 26. November 1992 wurde erstmals definiert, daß sich die Streitkräfte an internationalen Kampfeinsätzen im Rahmen von Uno, Nato und WEU beteiligen sollten.
- Mit dem *Weißbuch 1994* wurde dieser Rahmen festgezimmert, mit der Konzeptionellen Leitlinie vom 12. Juli 1994 das Ganze mit »Planungseckwerten« gefüllt.
- Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 hat der Neuorientierung der Bundeswehr die juristischen Weihen verliehen - mit einer recht skurrilen Interpretation des Verteidigungsauftrages, den das Grundgesetz als einzig zulässigen formuliert: Die deutsche Armee darf Deutschland auch außerhalb des Nato-Gebietes und also überall auf der Welt »verteidigen«.

Der Rahmen »deutscher Sicherheitsinteressen« ist spätestens seit den »Richtlinien« weit gespannt: Als »kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen« (38) soll sich Deutschland um europäisches »Konflikt- und Krisenmanagement« ebenso kümmern wie um »die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« (39).

Die Armee wurde in Krisenreaktionskräfte (KRK) einerseits und die Hauptverteidigungskräfte (HVK) aufgeteilt. Während die HVK angesichts fehlender Bedrohung der BRD (»von Freunden umzingelt«) in erster Linie dazu dienen, die Wehrpflichtigen durch die Militärmaschinerie zu schleusen, steht in Calw seit Herbst 1997 das Kommando Spezialkräfte (KSK) mit ca. 1.000 Mann bereit, Spezialaufträge im Rahmen der KRK zu übernehmen. Das KSK stellt die erste Kampftruppe innerhalb der Bundeswehr gemäß dem Konzept der KRK dar. (40)

Auf die Beteiligung der Bundeswehr am Nato-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 (41) folgte die aggressive Wendung der »verteidigungspolitischen Richtlinien«: In der im Sommer 2003 veröffentlichten Neufassung (42) finden sich nun auch für die Bundeswehr Einsatzszenarien, mit denen Konfliktursachen am Ort ihres Entstehens und vor ihrem Entstehen militärisch bekämpft werden sollen:

»Als Kernbereiche von Bundeswehreinsätzen werden in den VPR folgende zwei Punkte definiert: >Konfliktverhütung und Krisenbewältigung< (Kernaussage 10) sowie >Unterstützung von Bündnispartnern< (Kernaussage 10). Wobei diese beiden Optionen alternativ genannt sind und es durchaus nahe liegt, zu vermuten, daß >multinationale Sicherheitsvorsorge< (vgl. Kernaussage 11) im Rahmen von Nato und EU nicht in jedem Fall das Ziel haben muß, schon bestehende Krisen zu bekämpfen (wie auch immer dies militärisch funktionieren soll), sondern bereits einzugreifen, bevor eine konkrete Bedrohung entsteht.« (43)

Im Klartext: Die neuen Richtlinien führen ein Konzept ein, mit dem auch Angriffskriege wie der von USA/GB gegen den Irak 2003 für das deutsche Militär und die Europäische Union (44) ins politisch vorgesehene Aufgabenspektrum zurückkehren. (45) Mittlerweile waren - so Ex-KFOR-General Klaus Reinhard - mehr als 120.000 deutsche Soldaten im Ausland. (46) Zur politischen, juristischen und truppenorganisatorischen Durch- und Umsetzung der militärischen Komponente der neuen deutschen Außenpolitik mußte eine ausreichende Akzeptanz in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit hergestellt werden. Die Rechtfertigungsstrategie war die der kleinen Schritte und der langsamen Gewöhnung. Noch 1988 hatten Bundesgrenzschutz-Beamte als Wahlbeobachter in Kambodscha einspringen müssen, im Golfkrieg wurden dann deutsche Minensuchboote eingesetzt, es entstand ein Bundeswehrlazarett in Phnom Penh, Soldaten bohrten Brunnen in Somalia, bis es im ehemaligen Jugoslawien zu den ersten toten Bundeswehrsoldaten kam. Erstmals waren deutsche Kampfflugzeuge wieder an Kriegseinsätzen beteiligt. In Ergänzung zu dieser Umerziehungsstrategie Rühes wurde - ganz im Adenauer'schen Sinn - die Bundeswehr zur »Armee der Einheit« deklariert. Daß die Integration der BRD und ihrer frisch gegründeten Armee in den westlichen Militärblock die Teilung zementieren würde, hatte Adenauer in Kauf genommen. Ihm war Souveränitätsgewinn wichtiger: »Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.«

Um die neue Rolle der Bundeswehr zu legitimieren, werden seit Mitte der 90er Jahre Gelöbnisse der Bundeswehr öffentlich vollzogen. Die zeremoniell-feierliche Zurschaustellung soll das Publikum an deutsche Soldaten gewöhnen und Kritiker des Militärs als undemokratische Störer diskreditieren. (47) Mit Erfolg: Schon heute erinnert sich kaum mehr jemand daran, daß bis 1995 alle Parteien außer der CDU/CSU Kampfeinsätze der Bundeswehr klar abgelehnt hatten.

Konkurrenz mit den USA - Supranationalismus als Nationalprojekt

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA die imperialistische Übermacht. Und bis heute messen die USA alles, was sich auf der Welt ökonomisch und politisch bewegt, an der Aufrechterhaltung ihrer Weltordnung, schätzen den Grad der Bedrohung ein und reagieren gemäß ihren Zielen mit überlegener militärischer und ökonomischer Gewalt. Daran hat jeder Staat seine Außenpolitik zu orientieren und gegebenenfalls seine eigenen Ambitionen zu relativieren.

Für die westeuropäischen Staaten war die militärische Stärke der USA in den Jahren des Kalten Kriegs willkommener Rückhalt gegen den Ostblock. Mit dem Verschwinden der Systemalternative jedoch leiden sie als Imperialisten zunehmend unter einem entscheidenden Mangel: Sie sind zu schwach - gemessen an der Empire-Führungsmacht USA. (48) Um dieses Defizit auszugleichen, sind die EU-Staaten bereit, ihre Konkurrenz untereinander teilweise außer Kraft zu setzen und gegen die USA zu kooperieren. (49)

Die Staaten der EU setzen auf *europäischen* Supranationalismus, um ihren nationalen Anliegen als globale Akteure (Exporte, Regelsetzungen, Einflußzonen) mehr Gewicht zu verschaffen. (50)

Daraus ist eine spezifische EU-supranationalistisch-nationalistische Streitkultur entstanden, in der jeder Staat irgendwie für »Europa« ist und gleichzeitig alle Regierungen den Verdacht hegen, daß »die anderen Nationen besser fahren und zwar auf Kosten und mit Hilfe der eigenen Nation« (51). In Deutschland ist dieser Verdacht stets präsent als Hinweis auf die eigene »Nettozahlerposition«, sprich auf die Tatsache, daß Deutschland mehr in die EU-Töpfe einzahlt, als es direkt aus ihnen erhält. (52)

Im Jahr 2000 zahlte Deutschland netto 9,3 Milliarden Euro in die EU-Töpfe ein. Zweitgrößter Zahler war Großbritannien (3,8 Milliarden) gefolgt von den Niederlanden (1,7), Frankreich (1,4) und Schweden (1,2). Die größten »Empfängerländer« waren Spanien (5,1 Milliarden Euro), Griechenland (4,4), Portugal (2,1), Irland (1,6) und Italien (0,7). (53) Abgesehen davon, daß die Argumentation mit diesen Zahlen die großen ökonomischen Vorteile unterschlägt, die die EU der deutschen Wirtschaft bringt, ermöglicht sie die Einforderung von Einfluß gemäß der Zahlungsstärke. Mit Spanien und Italien befinden sich gleich zwei »Nettoempfänger« von EU-Mitteln in der USKoalition der Willigen gegen Irak. Es dürfte sich kaum um einen Zufall gehandelt haben, daß Deutschland und Frankreich vor diesem Hintergrund

»in einem gemeinsamen Brief von EU-Kommissionspräsident Prodi forderten, ausgerechnet jetzt den EU-Gesamthaushalt auf maximal ein Prozent des Bruttosozialprodukts zu reduzieren (die eigentlich vereinbarte maximale Obergrenze liegt bei 1,24 Prozent), und das ungeachtet der ab dem 1. Mai 2004 auch formell vollzogenen EU-Erweiterung auf 25 Mitgliedsstaaten«. (54)

Eine derartige Vorgehensweise drückt nicht nur deutsch-französische Unzufriedenheit aus, sondern ist vor allem Hebel, mehr Macht in und über Europa zu erlangen, um über das supranationale Bündnis den eigenen nationalen Ambitionen Raum zu verschaffen. Die gleiche Strategie wird verfolgt, um für Europa Einfluß auf das Kriegsbündnis Nato und auf Teile der amerikanischen Militärmaschinerie zu erlangen. (55)

Der Prozeß der europäischen Integration ist also einerseits durch Faktoren bestimmt, die sich nicht vollständig unter europäischer Kontrolle befinden (US-Außenpolitik, Ost-WestKonflikt, ökonomische Globalisierung etc.). Andererseits ist er durch Widersprüche geprägt, die für jede seiner Phasen Kontinuitäten und Brüche aufweisen. Wichtigster externer Einflußfaktor für den heutigen Militarisierungsschub ist die durch die Politik mehrerer US-Regierungen seit den 1970er Jahren modifizierte zwischenimperialistische Konkurrenz der Nationen. Als sich der Westen unter Führung der USA Ende der 70er Jahre auf eine neue Offensive gegen den Staatssozialismus besann, ging das mit einer allgemeinen Beschleunigung der Rüstungstätigkeit einher (Aufrüstung in Europa im Zuge des Nato-Doppelbeschlusses). Die USA als hegemoniale Macht des kapitalistischen Lagers waren nicht an die nominellen Grenzen ausgeglichener Haushalte und Handelsbilanzen gebunden. Hinzu kam, daß in den USA - nicht zuletzt aufgrund der Kriegführung in Vietnam und des damit verbundenen Rüstungsschubes - wesentliche technologische Neuerungen als erste serienfertig wurden. So gelang es den USA, einen qualitativen Abstand nicht nur zur Sowjetunion, sondern auch zu ihren europäischen Verbündeten herzustellen. Die USA konnten so mehr Soldaten und größere Arsenale an Atomwaffen (hinzu kamen Wasserstoff- und Neutronenbomben) bereitstellen. Bei etwas geringerer Bevölkerung als die EU steht den US-Militärs heute der etwa dreifache Rüstungsetat zur Verfügung. Die militärische Schlagkraft wird dabei auf das etwa Zehnfache geschätzt. Deshalb kann die US-Regierung auch regelmäßig eine massive Erhöhung der Rüstungsetats bei den »europäischen Partnern« innerhalb der Nato einfordern, ohne mittelfristig das Heranwachsen eines ernsthaften militärischen Konkurrenten befürchten zu müssen.

Ein transatlantischer Widerspruch tat sich bereits in der Star Wars/SDI-Diskussion der 80er Jahre auf, als die Westeuropäer fürchteten, in der strategischen Kalkulation der USA deutlich an Wert zu verlieren, wenn diese erst in der Lage wären, ihr eigenes Land aus eigener Kraft durch ein Raketenabwehrsystem im Weltall sogar vor der atomaren Bedrohung zu schützen. Damals wurde dieser Konflikt jedoch noch durch das gemeinsame Interesse gedeckelt, die UdSSR in die Knie zu zwingen. Im Hintergrund liefen Umstrukturierung, Konzentration und Modernisierung der europäischen Rüstungsindustrie aber auch schon damals. (56)

Nach der Phase der Herstellung der währungspolitischen Homogenität in den 90er Jahren steht zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Herausbildung einer weltweiten Handlungsfähigkeit (»außenpolitische Identität«) auf der Agenda. Handlungsfähigkeit bedeutet Souveränität. Souveräne Außenpolitik bedeutet eigenmächtige Kriegführungsfähigkeit. Die schrittweise deutsche Re-Souveränisierung setzt sich auf der europäischen Ebene unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Akteure fort. (57) Damit ist das deutsche Souveränitätsstreben im europäischen Vergemeinschaftungsprozeß aufgehoben und erhält tatsächlich weltpolitisches Schwergewicht.

Die neue Lage: »War on Terror«

Die neue Offensive Amerikas zur Festigung seiner Weltmacht (»War on Terror«) bringt das Euro-Projekt nun in Schwierigkeiten. Jahrzehntlang hatten die Europäer in ihrer Unterordnung unter US-Macht von der US-Weltordnung profitiert. Der Zugriff auf die von amerikanischem Militär garantierten »freien Märkte« hatte die EU-Staaten zu ökonomischen Weltmächten mit mittlerweile eigener Weltwährung aufsteigen lassen. (58) Im Krieg gegen Jugoslawien, für den die deutsche Staatenanerkennungspolitik zu Anfang der 90er Jahre die Voraussetzung geschaffen hatte, avancierte Europa bereits zum - auch militärischen - Juniorpartner der USA, in Afghanistan drängte man sich dann als fast schon gleichberechtigter Partner auf: Die Regionalkonferenzen zum Staatsaufbau in Afghanistan liefen unter deutscher Regie. Eine deutsch-niederländische Doppelspitze übernahm Ende 2004 die Führung des Afghanistan-Protectorats. Und schließlich konnte sich die deutsche zusammen mit der französischen Regierung anlässlich des Angriffs auf den Irak 2003 in eine Position der direkten außenpolitischen Konkurrenz zu den USA begeben. Auch wenn es sich noch nicht um eine *ebenbürtige* Konkurrenz handelt, so wird das europäische Projekt militär- und außenpolitischer Eigenmächtigkeit doch deutlich erkennbar - auch angesichts des

Seitenwechsels der neuen spanischen Regierung nach der Wahl 2004.

Dieser Schleichweg zur Weltmacht droht aber jetzt in eine Sackgasse zu geraten. Amerika fordert Gefolgschaft und Unterordnung (Bush: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.«) und versucht die Europäer durch die Demonstration seiner militärischen Überlegenheit zu blamieren. Das führte im jüngsten Irakkrieg zu einer zunächst desolaten Reaktion: Statt den USA eine einige Euro-»Friedensmacht« (SPD-Wahlmotto zur Europa-Wahl 2004) entgegenzustellen, zerfiel die Union in US-freundliche Kriegsbefürworter und kerneuropäische Kriegsgegner. Die US-Regierung gab sich redlich Mühe, mit ihrer Einteilung Europas in »Neu« und »Alt« den Keil tiefer zu treiben.

Rumsfelds »neues Europa« dagegen nahm das amerikanische Angebot der Teilhabe an der US-Weltmacht durch Unterordnung an. Großbritannien und einige zweitrangige EU-Staaten - Spanien, Italien, die osteuropäischen Beitrittsstaaten - versuchten, durch eine Teilnahme an der »Koalition der Willigen« ihr Gewicht innerhalb der europäischen Rangordnung zu erhöhen. Frankreich und Deutschland hingegen forderten angesichts der amerikanischen Machtentfaltung nun eine Stärkung der EU-Militärkapazitäten mit eigenmächtiger Ausrichtung und nicht nur innerhalb der bestehenden transatlantischen Strukturen wie z. B. der Nato, die auch von allen anderen befürwortet werden.

»Europa war immer mehr als nur ein ökonomisches Projekt. Sein politisches und wirtschaftliches Gewicht, die Verflechtungen mit anderen Regionen der Welt, seine globalen Interessen und seine Gefährdungen durch globale Risiken zwingen das integrierte Europa dazu, eine Rolle als selbständiger Akteur innerhalb und außerhalb Europas wahrzunehmen« (59),

erklärte Bundesverteidigungsminister Struck. Und sein Kanzler meinte, daß verstärkte Machtentfaltung nach außen und beschleunigter Sozialabbau nach innen zusammengehören:

»Der Zuwachs an Selbständigkeit in der Außenpolitik ... muß materiell durch Reformen unterlegt sein. Nur ein wirtschaftlich starkes Deutschland kann glaubwürdig eine selbstbewußte Rolle im Bündnis spielen.« (60)

Streit um Währung, Militär und Verfassung: Europas interne Machtfrage

Deutschland und Frankreich eröffnen den Kampf um Über- und Unterordnung in Europa neu. Sie tun dies auf der Basis

ihrer bereits solide verankerten wirtschaftlichen Macht, die sie quasi als Erpressungsmittel innerhalb Europas einsetzen: Das EU-Bruttosozialprodukt betrug im Jahr 2003 rund 8.500 Milliarden Dollar. Wirtschaftsstärkste Macht ist Deutschland (2.060 Milliarden Dollar), gefolgt von Großbritannien (1.460), Frankreich (1.440), Italien (1.160) und - mit großem Abstand - Spanien (600). (61) Die Auseinandersetzung findet vor allem an drei Fronten statt: beim Euro, beim Militär und bei der EU-Verfassung.

Im Streit um die Euro-Stabilitätskriterien - die Deutschland wie auch Frankreich permanent verletzen - stellen sich beide Nationen auf den Standpunkt der Macht. Gegenüber den kleineren Staaten verweisen sie auf das Gewicht ihrer Ökonomien, betonen die Abhängigkeit der EU-Wirtschaft von diesen und verlangen eine Sonderstellung: Die kompromißlose Orientierung auf den nationalen Vorteil kommentiert die EU-Kommission als »institutionellen Bruch, der die Union in eine sehr ernste Situation der Ungleichheit zwischen den verschiedenen Ländern bringt« (62).

Deutschland und Frankreich bestehen mit dem Hinweis auf ihre ökonomische Überlegenheit auf Unterordnung der nationalen Interessen der anderen EU-Staaten unter ihr Interesse. So wird aus der Krisenlage eine Offensive in der Machtfrage.

In das militärische Aufbauprogramm versuchen Deutschland und Frankreich die militärisch stärkste EU-Macht Großbritannien einzubinden. Im EU-Verfassungsentwurf von 2003 wollten die drei militärischen Hauptmächte eigenständig über Militäreinsätze entscheiden können, was auf eine faktische Entmachtung der Rest-Mitglieder hinausgelaufen wäre. Das wird bemerkt:

»Tatsächlich werden Frankreich, Deutschland und Großbritannien über Europas Verteidigungs-, Außen- und Sicherheitspolitik entscheiden.« (63)

Dennoch verständigten sich die drei Staaten auf dem Gipfeltreffen ihrer Regierungschefs im Februar 2004 auf eine verstärkte Kooperation in Militärfragen und bilden damit eine die Militarisierung der EU auch jenseits des Verfassungsprozesses vorantreibende Dreiergruppe. (64) So setzen Großbritannien, Frankreich und Deutschland ganz nach amerikanischem Vorbild Fakten, weil jeder über seinen führenden Einfluß in der EU zum ebenbürtigen Kontrahenten (»Partner«) der USA aufsteigen will. Rest-Europa wird zum Mitmachen aufgefordert.

Folgende fünf Bausteine eines EU-Militärapparates (65) erweitern derzeit die Kriegsführungsfähigkeit der EU: (66)

1. Diverse *multinationale Korps* (»stehende« Armee)

Truppe	Beteiligte Nationen	Truppenstärke	Aufgabe
Eurokorps	DE, BE, ES, FR, LUX	ca 70.000 (und mehr)	Interventionen aller Art, Nato
Eurofor	ES, FR, IT, PT	bis 10.000	schnelle Eingreiftruppe
Euromarfor	ES, FR, IT, PT	Einsatzverband (67)	»Krisenmanagement im Mittelmeerraum«
Europäische Luftfahrtgruppe	DE, BE, ES, FR, IT, GB	-	Ressourcenpool
Multinationale Division	GB (Führung), DE, BE, NL	15.600	WEU, <i>aufgelöst 2002</i>
Deutsch-niederländisches Korps	DE, NL	27.000+13.000	schnelle Eingreiftruppe
Deutsch-franz. Brigade	DE, FR	seit 1993 im Eurokorps	Interventionen aller Art, Nato
Multinationales Korps Nordost	DE, DK, PO	drei Divisionen	Interventionen aller Art, Nato

Diese Aufstellungen gibt es schon länger. Bisher fanden ihre Kriegs- und Besatzungseinsätze innerhalb von Nato-Unternehmungen statt. Denn solange die europäischen Militärkapazitäten noch deutlich hinter den US-amerikanischen zurückbleiben, macht es auch innerhalb der Logik eines europäischen Projekts Sinn, die eigenen Interessen als Juniorpartner und im Rahmen der Nato eher vermittelt durchzusetzen als gar nicht.

2. *EU-Interventionstruppe* (mobilisierbar aus bereitgestellten Kontingenten der Mitgliedsstaaten): 60.000 Soldaten und Soldatinnen, einsetzbar innerhalb von zwei Monaten und für bis zu einem Jahr weltweit. Die alleine im Heeresbereich bereitgestellten Kontingente nach Staaten: (68)

DE	18.000
GB	12.500
IT	12.500
FR	12.000
ES	6.000
NL	2.000
GR	5.000
PT	3.500
Ö	2.000
FIN	2.000
SV	1.440
BE	1.000
IRL	850
LUX	100
<i>Gesamt (69)</i>	78.890

Hinzu kommen mehr als 10.000 Soldaten aus nicht-EU-Staaten (z. B. Türkei: 4.500) und insgesamt mindestens 400 Kampfjets und 100 Schiffe. Die EU-Interventionstruppe wurde schon 1999 beschlossen und befindet sich derzeit immer noch in ihrem Etablierungsprozeß. Dieser vollzieht sich aber nicht nur auf dem Behördenweg: Die Nato-unabhängig konzipierte Truppe hat bereits zwei Einsätze hinter sich: Mazedonien und Kongo. Es fällt auf, daß beide Einsätze in Weltgegenden stattfanden, die von EU-Außenpolitikern offensichtlich als *ihre* Einflußsphären angesehen werden (die kolonialgeschichtlichen Kontinuitäten sind nicht zu übersehen). Die Kriegseinsätze der Interventionstruppe laufen unter der Leitung des

3. *Operation Headquarters* der Europäischen Union, Kern desselben im Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam-Geltow (»operativer Führungsstab auf Armee-Ebene« (70): *de facto*-Generalstab) unter Führung eines deutschen Generals.

4. *Battle Groups* sieben bis neun Elitekampfeinheiten (D, FR, GB) zu je 1.500 Mann, einsetzbar innerhalb von zwei Wochen für ein bis vier Monate weltweit. Hierunter fallen z. B. die KSK in Calw. Nicht mehr nur die USA sollen zu weltweiten Blitzinterventionen mit »robustem Mandat«, d.h. mit Kampfauftrag in der Lage sein. (71)

5. *Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten*, dessen Einrichtung jenseits des damals ins Stocken geratenen Verfassungsprozesses auf dem Gipfel in Rom im November 2003 beschlossen wurde. Im Rahmen der Einigung über das Solana-Papier beschlossen die europäischen Regierungen gleich auch die Aufrüstungsverpflichtung, die ebenfalls in der Verfassung vorgesehen ist. Wieder einmal setzen sich die Regierungen damit durch einen auf europäischer Ebene selbst geschaffenen Sachzwang (und die Schaffung einer Behörde zu dessen Durchsetzung) unter Druck, um dann im nationalen Rahmen und unter dem Verweis auf Brüssel nicht mehr anders zu können. Ziel wird es sein, die Rüstungshaushalte aufzustocken und die Rüstungsausgaben zu koordinieren, bei den EU-weiten Reformen mehr Ressourcen für Rüstungsprojekte abzuzweigen und durch Koordination und Arbeitsteilung die militärische Schlagkraft zu steigern. (72)

Die derzeitige Entwicklung der Militärapparate auf EU-Ebene zeigt deutlich die Orientierung der EU auf den Aufbau von Truppen und Führungsstrukturen, die von Nato und USA unabhängig sind und sein sollen.

»Damit wollen die EU-Regierungen die Möglichkeit schaffen, Militärinterventionen durchzuführen, an denen die US-Regierung kein Interesse hat oder bei denen einzel-

ne oder alle EU-Staaten ein anderes Interesse als das der US-Regierung haben. Insofern deutet sich durchaus auch ein Konkurrenzverhältnis von Europäischer Union und USA an.«(73)

Ganz direkt im Kontext dieses europäischen Truppenaufbaus sind mehrere Maßnahmen der Bundesregierung zu sehen:

1. Der unter Rot-Grün eingeleitete *Umbau der Bundeswehr* läuft auf die Einrichtung einer dreigliedrigen Bundeswehr hinaus: 35.000 Eingreifkräfte (für Kampfeinsätze), 70.000 Stabilisierungskräfte (für Besatzungseinsätze) sowie eine nicht näher quantifizierte Zahl Unterstützungskräfte (bei einer gesamten Truppenstärke von etwa 250.000). Die Ausrüstung der »Bundeswehr 2010« leitet sich zum einen aus der künftigen Hauptaufgabe Krisenbewältigung und Konfliktverhütung ab, zum anderen aus dem Einsatzgebiet, das »im wesentlichen außerhalb der europäischen Grenzen« liegen dürfte, so Generalinspekteur Schneiderhan. (74)

2. Paragraph 14 des im November 2003 beschlossenen *Luftsicherheitsgesetzes* verschafft der Bundesregierung die Möglichkeit zum Abschluß von Passagierflugzeugen im Falle terroristischer Angriffe. Befehls- und Kommandogewalt über die eingesetzten Soldatinnen und Soldaten hat der Bundesminister der Verteidigung. Der Bundestag ist in das Verfahren nicht involviert.

3. Es gibt Überlegungen, die Ermächtigung der Exekutive, die durch das Luftsicherheitsgesetz für den Bereich der Luftwaffe durchgesetzt ist, auch auf die *Marine* auszudehnen. (75)

4. Mit Hilfe des *Entsendegesetzes* ermächtigt sich die Regierung, über einen Teil der Auslandseinsätze der Bundeswehr zu entscheiden. Im Frühjahr 2004 beschließt der Bundestag, daß er in Zukunft über kleinere Einsätze und Unterstützungsoperationen gar nicht mehr zu befinden hat (»vereinfachtes Zustimmungsverfahren« (76)). Selbst große Einsätze und Kampfeinsätze sollen bei »Gefahr im Verzug« oder bei »Evakuierungseinsätzen« am Parlament vorbei durch die Regierung betrieben werden dürfen. Das von seinen Befürwortern auch »Parlamentsbeteiligungsgesetz« genannte Vorhaben ist in seiner Substanz ein »Parlamentsselbstentmachtungsgesetz«. (77) Die deutsche Truppenstruktur wird ganz auf globalen Militärinterventionismus im europäischen Rahmen umgebaut. Die Bundesregierung löst die Bundeswehr zunehmend aus dem Kontrollbereich des Bundestages, um sie möglichst reibungslos in die europäischen Militärstrukturen eingliedern und bei den europäischen Militäreinsätzen mitmachen lassen zu können. Da auf europäischer Ebene (bspw. im Verfassungsentwurf) keine Kontrolle (nicht einmal durch das Europaparla-

ment) vorgesehen ist, wird die Bundeswehr dadurch nicht nur grundgesetzwidrig von einer Parlaments- zu einer Regierungsarmee. Daß Militäreinsätze nicht mehr im Parlament und in der Öffentlichkeit debattiert werden müssen, wird die Skrupel der Regierenden beim Einsatz von Militär weiter schwinden lassen. Wenn Militarisation erst gar kein Thema der öffentlichen Debatte mehr ist, werden es Kritiker noch schwerer haben, Gehör zu finden. Daß die Parlamente sich so leicht selbst entmachtet haben, läßt jedoch annehmen, daß sie die gegenwärtigen Militarisationprozesse auch dann nicht behindern würden, wenn sie es noch könnten.

Auch das Thema EU-Verfassung hat seine militärpolitische Bedeutung. Öffentlich gestritten wird anhand der europäischen Verfassung scheinbar kleinlich um Abstimmungsregeln. Dabei geht es jedoch um die Frage, wer wen zu was in Europa wird zwingen können - auch in der Außen- und Militärpolitik. (78) Deutschland und Frankreich haben mit ihren Vorstellungen zu den Mehrheitsverfahren im künftigen europäischen Verfassungsstaat die eigentlich immer schon fällige Machtfrage gestellt.

Geeinigt hat man sich auf einen Übergang von Konsensentscheidungen, die die kleinen Staaten beinahe gleich beteiligen, zu »doppelten« Mehrheitsentscheidungen. (79, 80)

Noch nehmen einige Staaten wie Spanien oder Polen die eigene Entmachtung »zum Wohle Europas«, sprich im Interesse Deutschlands und Frankreichs, nicht hin. Ihnen bietet die amerikanische Militär- und Wirtschaftsmacht scheinbar eine Alternative. Auch innerhalb Europas relativiert sich die Durchsetzungskraft der großen Nationen an der amerikanischen Potenz. Auf Druck der großen Staaten weicht der innereuropäische Widerstand jedoch wieder auf. (81)

Zwar geben die kleinen Staaten langsam nach. Die Regierungen der großen Nationen streiten jetzt allerdings noch untereinander um die Aufteilung der Macht im Staate Europa. Die kommende europäische Militärverfassung hingegen wurde bereits 2002 diskutiert und im Dezember 2003 einstimmig beschlossen: in Form der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS; besser bekannt als »Solana-Papier«) mit dem vielversprechenden Titel »Ein sicheres Europa in einer besseren Welt«. Das Papier enthält in verklausierter Form das Präventivkriegskonzept (82), das noch im Herbst 2002, als es von der US-Regierung in ihrer *National Security Strategy* formuliert worden war, in der europäischen Öffentlichkeit heftig kritisiert worden war. Der innereuropäische Dissens betrifft die angestrebte gemeinsame Kriegsführungsfähigkeit jedoch nicht. (83)

Der Verfassungsvertrag wurde am 29.10.2004 von den Staats- und Regierungschefs in Rom unterzeichnet, am 11.1.2005

vom Europäischen Parlament debattiert und bekam dort in der Abstimmung am Folgetag eine große Mehrheit. Er schreibt Militarisierung fest: (84)

- Eine Aufrüstungsverpflichtung für die Mitgliedsstaaten (Art. 1-41,3).
- Die Einrichtung eines Amtes für die Kontrolle und Umsetzung von Aufrüstung (Art. 1-41,3 und III-311) (85) und die Einrichtung des Amtes des europäischen Außenministers (Art. 1-28 u. a.).
- Kampfeinsätze der EU-Truppen ohne jede territoriale Begrenzung (Art. 111-309,1).
- Die Institutionalisierung der kerneuropäischen Zusammenarbeit, die die Militarisierung der EU forciert (Art. 1-41, 6+7).
- Terrorbekämpfung auch in »Drittstaaten« (Art. 111-309,1).
- Entscheidungen über Militäreinsätze durch den Ministerrat der EU. Die Mitgliedsstaaten werden in der Folge mit der Kriegführung beauftragt (Art. 1-41, 4+5).
- Außenpolitische Entscheidungen und Militäreinsätze ohne allzu große Kontrolle durch die - im Regelfall ja eh zustimmungswilligen - nationalen Parlamente oder das Europäische Parlament. Letzteres wird lediglich regelmäßig »auf dem laufenden gehalten« (Art. 1-41, 8) und kann »Anfragen« stellen (Art. 111-304, 2).
- Verzicht auf Kontrolle der Außenpolitik des Ministerrats durch die Judikative, also etwa den europäischen Gerichtshof (Art. 111-376).

Die grundsätzliche Richtung einer europäischen Außen- und Militärpolitik steht also nicht zur Disposition. Vielmehr ist sie auf der Ebene von Regierungsabsprachen schon beschlossene Sache. Die Ideologie der militärischen Verantwortungsübernahme und militärisches Selbstbewußtsein werden zentrale Bestandteile der neuen »Europäischen Identität« als »Friedens-« bzw. »Zivilmacht«. Entgegen der Forderung der kleinen, auf dem Europäischen Sozialforum in Paris 2003 immerhin schon internationalisierten Kampagne »Stoppt die Militarisierung der EU!« (86) wird die europäische Verfassung ihre Wirkung nicht nur auf der Ebene der Identitätsbildung und Legitimationsbeschaffung für Europa entfalten, sondern auch sehr materielle Folgen haben: Indem sie als die Nationalstaaten bindendes Verfassungsrecht (87) einen tatsächlichen, europaweiten Militarisierungsschub nach sich ziehen wird, wird sie die Rolle der EU gegenüber den USA von der wirtschaftspolitischen Konkurrenz in Richtung der militärischen Rivalität verschieben. Auch in Fragen des Militärgeräts versucht Europa eigene Wege zu gehen. Denn bis heute verfügt die US-Regierung über mi-

litärische Möglichkeiten, die die Europäer alleine nicht besitzen (auch wenn sie die technischen Möglichkeiten zu deren Aufbau vielleicht längst haben und es bisher nur am politischen Willen und den finanziellen Mitteln dafür mangelte). Ausdruck dieses Ungleichgewichts ist auch die Tatsache, daß die USA rund 40 Prozent der Weltrüstungsausgaben bestreiten, die EU-Mitgliedsstaaten knapp 20 und Japan fünf Prozent.

Die EU hat daher auch ihre Rüstungskoooperation intensiviert (88) und versucht, durch Kooperationen und Fusionen international schlagkräftige und mit den USA konkurrenzfähige Rüstungskonglomerate zu entwickeln. Dazu zählen:

- das Galileo-Projekt als der europäische Versuch, sich im Bereich Satellitennavigation bzw. -überwachung aus der Abhängigkeit von den USA (Global Positioning System, GPS) zu befreien;
- der neue Großraumtransporter A 400 M des europäischen Rüstungskonzerns EADS, mit dem man sich unabhängig machen will von den Transportkapazitäten der USA;
- das größte europäische Rüstungsprojekt, das Mehrzweckkampflugzeug Eurofighter. Die ersten Serienexemplare wurden im April 2004 in Laage bei Rostock in Dienst gestellt. Sie ersetzen die MiG-29, die über 30 Jahre alten F-4 F Phantoms und Teile der Tornado-Geschwader. Insgesamt hat die Luftwaffe 180 Eurofighter zum Preis von rund 20 Milliarden Euro bestellt.

Auch versuchen die EU-Staaten, ihrer Rüstungsindustrie strategisch unliebsame Kooperationen zu verbieten und sie vor Übernahmen durch US-Konzerne zu schützen. (89) Um den »Ausverkauf« speziell deutscher Rüstungstechnik über den Atlantik zu verhindern, wurde ein neues Außenwirtschaftsgesetz beschlossen, das den Verkauf deutscher Rüstungsunternehmen ans Ausland an eine besondere Genehmigung der Regierung knüpft. Frankreich verfügt schon lange über ein solches Veto-recht. Flankierend dazu werden »europäische Champions« geschmiedet:

»Nationale Lösungen haben in den vergangenen Wochen verhindert, daß die Kieler U-Boot-Werft HDW sowie der britische Panzerbauer Alvis in die Hände der amerikanischen Konkurrenz fällt. Alvis wird nun statt vom US-Konzern General Dynamics von der britischen BAE Systems übernommen. Thyssen-Krupp hat HDW vom US-Investor OEP zurückgekauft und will das Traditionsunternehmen einem deutschen Werften-Verbund hinzufügen ... >Das Interesse ist außerordentlich groß, daß es keine weiteren US-Übernahmen mehr gibt<, pflichtet auch Bernd

Siebert, CDU-Wehrexperte bei ... Im Marinebereich ist eine spätere deutsch-französische Werftenfusion angedacht.« (90)
Laut Rainer Arnold, dem verteidigungspolitischen Sprecher der SPD, haben

»die aktuellen Übernahmen noch nicht zwingend eine europäische Stoßrichtung. Momentan gehe es darum, die nationalen Interessen zu sichern. Immerhin sei dies aber die Voraussetzung für anschließende europäische Rüstungsverbände.« (91)

Auch die Herausbildung eigenständiger militärischer Stabsstrukturen und die ersten rein europäischen Militärinterventionen (Mazedonien, Kongo) müssen als Ablösung aus strukturellen Abhängigkeiten von US-Ressourcen gewertet werden. Nur unwesentlich überspitzt ließe sich diese Emanzipation des imperialistischen Zöglings Europa vom US-amerikanischen Ziehvater als *Antiimperialismus neuen Typs* bezeichnen: Die Imperialisten sind immer die anderen. (92)

Bei der gemeinsamen Aufrüstung steht den europäischen Staaten noch der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt mit seinen ausgabenbeschränkenden Zwängen entgegen. So sind sich die Verteidigungsminister Italiens, Frankreichs und Deutschlands einig darüber, daß die Rüstungsaufwendungen aus den Kriterien des Maastrichter Vertrages herausgerechnet werden müßten. (93)

Dauerhaft Ursache für eine transatlantische Gegnerschaft besteht in der Rivalität um das »Weltgeld« (94), denn auf diesem Konfliktfeld wird ein grundsätzlicherer Zusammenhang von militärischer Macht und *deficit spending* wirksam: Eine Weltmacht, die keine militärische Konkurrenz zu fürchten hat und dadurch in der Lage ist, weltweit oder wenigstens in einem wirtschaftlich relevanten Teil der Welt die Regeln zu setzen und zur Not auch militärisch durchzusetzen, muß sich nicht sehr um einen ausgeglichenen Haushalt kümmern. Auch bei noch so großem Defizit steht hinter ihrem Geld zwar nicht Gold oder materielle Wirtschaftsleistung, aber die Drohung mit dem überlegenen Militärapparat. Je weiter die militärisch-institutionelle Integration, die Ausbildung und Wirksamkeit des EU-staatlichen Gewaltmonopols in Richtung einer Ebenbürtigkeit mit den USA entwickelt wird, desto unwichtiger wird die Einhaltung aller Stabilitätskriterien. Nicht mehr die Verpflichtung auf gemeinsame Regeln zur Haushaltsgestaltung schafft dann das Vertrauen der Finanzmärkte in den Euro, sondern die pure militärische Gewalt. (95) Demonstriert wurde und wird dieser Zusammenhang bisher alleine von den USA, die sich selbst und gerade in Zeiten ökonomischer Krise und

sinkender Staatseinnahmen gigantische Defizite leisten können. Zwar leidet der Dollar-Kurs zeitweise unter den exorbitanten Haushaltsdefiziten von 400 Milliarden Dollar und mehr pro Jahr, nicht aber der Dollar als Währung - als Kredit der weltweit überlegenen Weltmacht. (96)

Die USA werden ihre privilegierte weltpolitische Position, die kontinuierliches (und nicht nur konjunkturelles) *deficit spending* möglich macht, nicht kampflos aufgeben. Insofern war der Irakkrieg 2003 auch der erste Stellvertreterkrieg einer sich abzeichnenden Blockkonfrontation neuen Typs. Teilnahme und Nichtteilnahme am Krieg entschieden sich bereits wesentlich entlang der Rollenverteilung innerhalb eines ganz anderen Konflikts: der Rivalität zwischen Dollar und Euro um das Weltgeld. (97) Nicht mehr zwei Vergesellschaftungsmodelle treten sich - wie im Kalten Krieg des 20. Jahrhunderts - konkurrierend gegenüber, sondern zwei Währungsblöcke. Es wäre ein großer Fehler, Hoffnung in ein geeintes Europa als Welt-Friedensmacht und zivilisatorischen Gegenpol zu den USA zu setzen. Denn:

»Die Wahl zwischen einer von den USA allein diktierten und einer von der EU mitbeherrschten imperialistischen Weltordnung kann für die große Mehrheit der Menschen keine sinnvolle Alternative sein. Eine gemeinsam vom USA- und EU-Imperialismus ausgebeutete Welt ist nicht besser als eine vom US-Imperialismus allein beherrschte.« (98)

Literatur

- Altwater, E.: Die Währung des schwarzen Goldes. Der Ölkrieg wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt, in: Sand im Getriebe (Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung) (17/2003), 2-4; zit. als »*Ölkrieg*«
- Altwater, E.: The rise and fall of the fossil energy regime. Konferenzbeitrag: Second World Renewable Energy Forum: Renewing Civilization by Renewable Energy (May 29th-31st); Session 4: Preventing Resource Conflicts by Replacing Fossil Transport Fuels, Bonn 2004; zit. als »*Fossil Energy Regime*«
- Arendt, H.: Macht und Gewalt, München 2000: Piper; zit. als »*Macht und Gewalt*«
- Behrmann, C., Euskirchen, M., Klinker, S., Lebuhn, H.: Soldatenkörper. Expose zum Kurzfilm. Beitrag zum Studierendenwettbewerb des 3. Deutschen Studienpreises »Body Check« 2001 der Körber Stiftung, <http://www.sciencegarden.de/berichte/200202/sxoldat/soldat.php>, 18.07.2002, 2001; zit. als »*Soldatenkörper*«
- Behrmann, C., Euskirchen, M., Lebuhn, H.: »...tapfer zu verteidigen...« Das Rekrutengelöbnis der Bundeswehr. Ritual Kritik Protest, Dokureportage (89'): Berlin 2001; zit. als »...*tapfer zu verteidigen...*«
- Bieling, H.-J., Steinhilber, J. (Hg.): Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster 2000: Westfälisches Dampfboot; zit. als »*Kritische Integrationstheorie*«

- BMVg: Verteidigungspolitische Richtlinien (VPR), Berlin 2003:
http://www.bmvg.de/misc/pdf/sicherheit/vpr_broschuere.pdf; zit. als »VPR 03«
- Brzoska, M., Lock, P., Stockholm International Peace Research Institute: Restructuring of arms production in Western Europe, Oxford 1992: UP; zit. als »Restructuring«
- Cremer, U., Lutz, D. S. (Hg.): Nach dem Krieg - ist vor dem Krieg: Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen, Hamburg 1999: VSA; zit. als »Kosovo«
- Deichmann, T.: Scharping-Lügen haben kurze Beine, in: *novo* 45, März-April 2000; zit. als »Scharping-Lügen«
- Dinkelacker, D., Frenzel, M., Rohde, J.: The US-Armaments Industry Goes Europe? Der Fall der Howaldtswerke Deutsche Werft AG: SWP-Aktuell 31, Berlin 2002; zit. als »Howaldtswerke«,
- Euskirchen, M.: Das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr in der Diskussion, 1998, Berlin 1998: Diplomarbeit Otto-Suhr-Institut für Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin; zit. als »Öffentliches Gelöbnis«
- Euskirchen, M.: Der Frieden ums Öl. Warum mit einem Krieg um Öl keine guten Geschäfte zu machen sind, in: *Jungle World* (10/2003), Dossier vom 26.2.2003; zit. als »Öl-Dossier«
- Euskirchen, M.: Militärrituale, Köln 2005: Papyrossa; zit. als »Militärrituale«
- Friedrich, R., Pflüger, T. (Hg.): In welcher Verfassung ist Europa? Europäische Union: Militarisierung und Flüchtlingsabwehr, Grafenau 2004: Trotzdem; zit. als »Verfassung«
- Gegenstandpunkt-Redaktion: 35 Jahre EG - Was ist Europa? Was hat es vor?, in: *Gegenstandpunkt* (1/1992); zit. als »35 Jahre EG«
- Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges« (Ausstellungskatalog), Hamburg 2002; zit. als »Wehrmachtverbrechen«
- Haydt, C., Pflüger, T.: Grenzenlose Militärmacht Deutschland und Nebenkriegsschauplätze. Die neuen »Verteidigungspolitischen Richtlinien« (VPR) sind da, in: *IMI-List* (170/2003), <http://www.imi-online.de/2003.php3?id=578>, 22.5.2003; zit. als »Grenzenlose Militärmacht«
- Hellmann, G.: Jenseits von »Normalisierung« und »Militarisierung«: Zur Standortdebatte über die neue deutsche Außenpolitik, in: *APuZ* (12/1997), 24-33; zit. als »Standortdebatte«
- IMI: Informationsstelle Militarisierung. Die verfaßte Militarisierung, Tübingen 2004, <http://www.imi-online.de/download/EU-Broschuere.pdf>; zit. als »IMI-Broschüre«
- IMI: Informationsstelle Militarisierung. Sonderseite mit IMI-Texten zur Militarisierung der Europäischen Union, <http://www.imi-online.de/2003.php3?id=587>, 2003; zit. als »Sonderseite EU-Militarisierung«
- Kaiser, K., Maull, H. W. (Hg.): Deutschlands neue Außenpolitik, München (mehrere Bände) 1994+; zit. als »Außenpolitik«
- Krippendorff, E.: Kritik der Außenpolitik, Frankfurt/M. 2000: Suhrkamp; zit. als »Kritik der Außenpolitik«
- Küntzel, M.: Der Weg in den Krieg. Deutschland, die Nato und das Kosovo, Berlin 2000: Elefant Press; zit. als »Weg in den Krieg«
- Kurz, R.: Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef 2003: Horlemann; zit. als »Weltordnungskrieg«
- Lebuhn, H.: Das öffentliche Rekrutengelöbnis der Bundeswehr: Zur Herrschaftsreproduktion im Staats- und Militärritual, Berlin 2002: Diplomarbeit Otto-Suhr-Institut für Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin; zit. als »Herrschaftsreproduktion«
- Lehmann, I.: Die deutsche Vereinigung von außen gesehen: Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse, Frankfurt/M. 1996: Lang; zit. als »Vereinigung von außen«
- Maull, H. W.: Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik, in: *Europa-Archiv*, 47 (10/1992), 269

- 278; zit. als »Zivilmacht«
- Meinhof, U. M.: Die Würde des Menschen (zuerst in: konkret 10/1962); in: Brückner, P. (Hg.): Ulrike Marie Meinhof und die deutschen Verhältnisse, Berlin 1976, 11-14; zit. als »Würde des Menschen«
- Morillon, P.: Entwurf eines Berichts über die neue europäische Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur - Prioritäten und Schwachstellen, Auswärtiger Ausschuss des EP 2003: 2002/2165(INI); zit. als »Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur«
- Neuber, A.: Militärmacht Europa. Die EU auf dem Weg zur globalen Interventionsmacht: isw-report 56, München 2003; zit. als »Militärmacht Europa«
- Pflüger, T.: Die neue Bundeswehr. Mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung in den Krieg?, Köln 1997; zit. als »Bundeswehr«
- Pflüger, T.: Durch (Kern-)Europa zum weltweiten Militäreinsatz; in: Friedrich, R., Pflüger, T. (Hg.): In welcher Verfassung ist Europa? Europäische Union: Militarisation und Flüchtlingsabwehr, Grafenau 2004: Trotzdem, 21-36; zit. als »(Kern-)Europa«
- Polikeit, G.: EU 2004. Sozialabbau und Weltmachtkurs: isw-report 57, München 2004; zit. als »Sozialabbau und Weltmachtkurs«
- Prokla 133: Schwerpunkt »Imperialistische Globalisierung«. Prokla 4 (Dezember) 2003; zit. als »Imperialistische Globalisierung«
- Renner, J.: Von Stillstand keine Rede. Vier Kriege in vier Jahren: Militärpolitisch hat die rotgrüne Bundesregierung echte Wachstumsraten vorzuweisen, in: Fantômas. Magazin für linke Debatte und Praxis (3-Sommer/2003), 41-44; zit. als »Rotgrüne Kriege«
- Ritter, G. A., Tagung Großforschung und Angewandte Forschung in Deutschland in den Langen Siebziger Jahren (Hg.): Antworten auf die amerikanische Herausforderung: Forschung in der Bundesrepublik und der DDR in den »langen« siebziger Jahren, Frankfurt/Main 1999: Campus; zit. als »Amerikanische Herausforderung«
- Rohde, J., et al.: Transatlantic Gaps and European Armaments Co-operation - Optimising European Resource Allocation; in: Defence Analysis Institute, Fondation pour la Recherche Stratégique, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit der SWP (Hg.): Prospects on the European Defence Industry, Athen: Erstellt im Rahmen von Initiativen der griechischen EU-Ratspräsidentschaft zur Stärkung der europäischen Rüstungszusammenarbeit, 58-91; zit. als »European Armaments Co-operation«
- Scheit, G.: Die Schindler-Dramaturgie. Identifikation mit dem Opfer, um Aggressor zu werden. Über den Nato-Einsatz gegen Auschwitz, in: Jungle World 16 (14.4.1999); zit. als »Schindler-Dramaturgie«
- Wolf, W.: Fusionsfieber. Oder: Das große Fressen; Globalisierungsmythos-Nationalstaat-Wirtschaftsblöcke, Köln 2000: PapyRossa; zit. als »Fusionsfieber«
- Ziltener, P.: Die Veränderung von Staatlichkeit in Europa - regulations- und staatsrechtliche Überlegungen; in: Bieling, H.-J., Steinhilber, J. (Hg.): Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrations-theorie, Münster 2000: Westfälisches Dampfboot; zit. als »Veränderung von Staatlichkeit«

Anmerkungen:

- 1 Vgl. die Schwierigkeiten des Ministers Fischer, als Außenpolitiker in der Staatenfamilie Freunde zu finden (B.Z. vom 28.05.04). Stützle: *Staatstheorien* liefert einen reflektierenden Einstieg in die Ideengeschichte von Staatstheorien.
- 2 Die Notwendigkeit einer außerökonomischen, d. h. staatlich-militärischen Zwangsgewalt für das Funktionieren von Kapitalismus wurde vor allem im Rahmen der »Staatsableitungsdebatte« diskutiert, zum Überblick: Kostede: *Bürgerlicher Staat*.
- 3 Vgl. Hirsch: *Wettbewerbsstaat*, 16-31.
- 4 Vgl. Narr: *Gewaltmonopol*, grundlegend und nach wie vor lesenswert.
- 5 Gerhard Schröder: Rede zur Eröffnung der Hannovermesse, April 2003.
- 6 Vgl. Prokla 133: *Imperialistische Globalisierung* zum Einstieg in die gegenwärtige akademische Imperialismusdebatte.
- 7 Mitteilung der Kommission an den Rat und das EP, 10.2.2004, zitiert nach Polikeit: *Sozialabbau und Weltmachtkurs*, 28
- 8 So werden die (Zwischen-)Ergebnisse des europäischen Integrationsprozesses denn auch als Ausbildung eines »Mehrebenensystems« interpretiert, vgl. Hartwich: *Mehrebenensystem*, 224 ff. Zu den bspw. im BRD-Föderalismus vorgesehenen drei Ebenen kommt die »Brüsseler« Ebene hinzu.
- 9 Wogau: *Europäische Verteidigung*, 19f.
- 10 Vgl. Narr et al.: *Streitschrift*, »wider kriegerische Menschenrechte«. 1 1 Krippendorff: *Internationale Politik*, 225.
- 12 So ermöglichte der Zweite Golfkrieg 1991 es den US-Streitkräften, veraltete Cruise Missiles aus Zeiten des Kalten Krieges »in die Wüste zu ballern« und die so geleerten Arsenale mit den »intelligenten« Neuentwicklungen nachzurüsten. Noch zynischer ist die »Entsorgungspraxis« für eine bestimmte Sorte Atommüll: Depleted Uranium (abgereichertes Uran) wird aufgrund seines hohen spezifischen Gewichts und seiner Härte zu Munition verarbeitet und ebenfalls spätestens seit Anfang der 1990er Jahre auf den Übungs- und Schlachtfeldern der »humanitären Interventionen« (Jugoslawien, Zweiter Irakkrieg etc.) endgelagert (vgl. Campaign against Depleted Uranium, <http://www.cadu.org.uk>).
- 13 Hier sind die USA ein gutes Beispiel: Die Anzahl der bedeutenden Rüstungsfirmen schmolz in den vergangenen 50 Jahren von 40 auf rund 5: Lockheed Martin, Boeing, Raytheon, Northrop Grumman, General Dynamics.
- 14 Eine kommentierte Dokumentation der Haager Landkriegsordnung und anderer Kodifizierungen des Kriegsrechts bietet: Hamburger Institut für Sozialforschung: *Wehrmachtsverbrechen*, 15-36.
- 15 Folgende Ausführungen beziehen sich im wesentlichen auf die Militärs der großen Industrienationen. In Staaten der Dritten Welt ist die wichtigste und permanent aktuelle Aufgabe des Militärs eine innenpolitische, nämlich die Regierung vor Umstürzen zu schützen oder für Umstürze zu sorgen. In den Industrienationen hingegen ist der Einsatz von Militär zur Aufstandsregulation aufgrund des hohen Grades sozialer Befriedung derzeit nicht notwendig - aber formal rechtlich durchaus vorgesehen (vgl. Notstandsgesetze). Die unterschiedliche Bedeutung verschiedener Funktionen von Militär ist also Ausdruck je konkreter sozialer Verhältnisse.
- 16 Krippendorff et al.: *100 Tage Militär*.
- 17 Denn auch hierfür enthält das GG der BRD mittlerweile hinreichende Ermächtigungen in Art. 87a Abs. 4 (Teil der sog. Notstandsgesetze).
- 18 Bröckling betrachtet in seiner Studie über militärische Gehorsamsproduktion auch die Ausnahmen und bestimmt deren strukturelle Bedingungen: z. B. heimatnah stationierte Truppen neigen zum Ungehorsam in Aufstands-bekämpfungssituationen, Bröckling: *Disziplin*.
- 19 Gantzel et al.: *Kriege*.
- 20 Vgl. Schlichte: *Why States Decay*.
- 21 Berliner Zeitung, 10.6.2004, 8.
- 22 Meist erfährt die Bevölkerung von solchen Manövern nur dann, wenn es zu Zwischenfällen kommt - U-Boote, die Fischereifahrzeuge rammen, Flug-

- zeuge, die abstürzen, Landschaften, die verwüstet werden.
- 23 Der jüngste Krieg der USA gegen Irak hatte unter anderem diesen Zweck.
- 24 »Und ich sage bewußt Konzentrationslager«, Rudolf Scharping am 28.03.1999 bei »Sabine Christiansen«.
- 25 »Wenn beispielsweise erzählt wird, dass man einer getöteten Schwangeren den Fötus aus dem Leib schneidet, um ihn zu grillen und dann wieder in den aufgeschnittenen Bauch zu legen; wenn man hört, daß systematisch Gliedmaßen und Köpfe abgeschnitten werden; wenn man hört, daß manchmal mit Köpfen Fußball gespielt wird, dann können Sie sich vorstellen, daß sich da einem der Magen umdreht«, so Rudolf Scharping am 16. April 1999 in einer Pressekonferenz.
- 26 Vgl. Deichmann: *Scharping-Lügen* und die Lügenliste bei http://www.contraviento.de/ksovo/artikel_gwr254.html.
- 27 Vgl. z. B. Scheit: *Schindler-Dramaturgie*.
- 28 Arendt: *Macht und Gewalt*, 50.
- 29 Vgl. zur Grundlegung des Souveränitätsbegriffs bei Bodin: Kurz: *Weltordnungskrieg*, 282 ff.
- 30 Meinhof: *Würde des Menschen*, 12.
- 31 Krippendorff: *Kritik der Außenpolitik*, 152 f.
- 32 Krippendorff, Ekkehart: *Welche Hauptstadt wollen wir?* in: *Kampagne, Hauptstadt der Militarisierung 1, 3*. Mit welcher Motivation dies geschah, ob die «kleinen Leute» lediglich in einer drohenden heißen Phase des Kalten Krieges keine Lust hatten, als Deutsche auf Deutsche zu schießen, oder jenseits dieses realpolitischen Szenarios kriegstraumatisiert erst mal die Schnauze voll hatten vom Militär, kann dahingestellt bleiben.
- 33 Die Vereinbarung über die EVG, die eine weitreichende Integration der beteiligten Militärapparate beinhaltete, wurde 1954 in der französischen Nationalversammlung nicht ratifiziert.
- 34 Die WEU enthielt als Militärpakt ohne Integrationskomponente eine automatische (!) Beistandsverpflichtung für alle Mitglieder im Falle eines Angriffs gegen einen Mitgliedsstaat. Die westeuropäischen Nationen versicherten sich so gegenseitig gegen Westdeutschland.
- 35 Vgl. Lehmann: *Vereinigung von außen*.
- 36 Einen strukturierten Überblick über die verschiedenen Ansätze und Beiträge der Diskussion liefert Hellmann: *Standortdebatte*. Zur neuen deutschen Außenpolitik siehe Kaiser et al.: *Außenpolitik*. Als Überblick oder Einstieg: Maull: *Zivilmacht*.
- 37 Dieser Prozeß ist auch 2004 noch nicht abgeschlossen: Die Parteistiftung der regierenden Sozialdemokraten läßt die «Weiterentwicklung» des geltenden Völkerrechts zwecks Führung «neue(r) Kriege» diskutieren (vgl. <http://www.fes.de/intervention>).
- 38 VPR 92, 11.8 (3).
- 39 Ebd., (8).
- 40 Vgl. Pflüger: *Bundeswehr*, 19 ff. Beachte die Kritik (Rezension in *ami* 27 (1997) 11, 42 ff.) an Pflügers statistischer Methode, die seine Darstellung von Konzeption und Strategie jedoch nicht falsch macht.
- 41 Vgl. Küntzel: *Weg in den Krieg* und Cremer et al.: *Kosovo*.
- 42 Vgl. BMVg: *VPR 03*; Haydt et al.: *Grenzenlose Militärmacht*.
- 43 Haydt et al.: *Grenzenlose Militärmacht*.
- 44 IMI: *Sonderseite EU-Militarisierung*.
- 45 Vgl. Renner: *Rotgrüne Kriege*.
- 46 Klaus Reinhard bei »Sabine Christiansen«, 16.5.2004.
- 47 Vgl. Euskirchen: *Militarrituale*.
- 48 Z.B. Ritter et al.: *Amerikanische Herausforderung*.
- 49 S. dazu den Beitrag »Ex invidiis unum«.
- 50 Gegenstandspunkt-Redaktion: *35 Jahre EG*, 55.
- 51 Ebd., 58.
- 52 Dieser Widerspruch manifestiert sich zum Beispiel im Kampf um den Euro-Stabilitätspakt. Denn die Euro-Staaten konkurrieren mit ihren Nationalbudgets gegeneinander um die Attraktion von Kapital in ihren nationalen Wirtschaftsstandort, um Masse und Rate des für sie haushaltswirksamen Ka-

pitalwachstums. Daneben kümmern sie sich in gemeinsamer Verantwortung um den Kredit der Gemeinschaft. Aber auch in sehr viel kleineren Angelegenheiten kommt der europäische Widerspruch zum Tragen: Im Frühjahr 2004 zum Beispiel wollte der französische Pharmakonzern Sanofi-Synthélabo den französisch-deutschen Pharmakonzern Aventis übernehmen. Unterstützt wurde dies von der Pariser Regierung, die einen »nationalen Champion« auf dem Weltpharmamarkt etablieren wollte. Dagegen regte sich in der deutschen Regierung Unmut, den Frankreichs Wirtschaftsminister Nicolas Sarkozy mit dem Argument konterte, immerhin entstünde so ein kapitalstarker europäischer Champion« auf dem von angelsächsischen Konzernen beherrschten Pharmamarkt. Das hat man in Berlin offenbar eingesehen, der Widerstand erlosch, die Fusion wurde vollzogen.

- 53 Datenquelle: EU-Kommission, <http://europa.eu.int>.
- 54 Polikeit: *Sozialabbau und Weltmachtkurs*, 12.
- 55 Der Jugoslawienkrieg der 1990er - ausgelöst durch die Zerschlagung Jugoslawiens durch die eigenmächtige Anerkennungspolitik der deutschen Regierung - war in großen Teilen vom Streit der »Alliierten« um die Macht in der Nato nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geprägt. Das hat dazu geführt, daß von amerikanischer Seite sogar zeitweise der Fortbestand der Nato in Frage gestellt wurde - wenn auch nur in der Absicht, die europäischen Nato-Mitglieder unter Druck zu setzen, weil die US-Regierung wußte, daß die europäischen Regierungen ohne Nato noch gar nicht so könnten, wie sie wollten.
- 56 Vgl. z. B. Brzoska et al.: *Restructuring*. Auch dieser Sammelband diskutiert die europäischen Vorgänge gegen die »Responses of the US arms industry« (59 ff), und macht damit zumindest implizit klar, wohin die Reise geht.
- 57 Neuber: *Militärmacht Europa*, November 2003, liefert ein informatives Zwischenfazit des europäischen Militarisierungsprozesses.
- 58 Am Beispiel des Welt-Öl-Regimes läßt sich das exemplarisch und sehr deutlich zeigen (vgl. Euskirchen: *Öl-Dossier*).
- 59 Strucks Eröffnungsrede auf dem 2. Europäischen Verteidigungskongreß in Berlin, 9. Dezember 2003.
- 60 Interview mit: *Der Spiegel* 0 1/2004.
- 61 Zum Vergleich: Das BSP der USA beträgt rund 10.000 Milliarden Dollar; vgl. Fischer Weltalmanach 2004.
- 62 *El Pais*, 26.1 1.03.
- 63 *Observer*, 30.11.03.
- 64 Vgl. Pflüger: (*Kern*) *Europa*, 30f.
- 65 Nach ebd., 25f.
- 66 Vgl. die IMI-Broschüre »*Die verfaßte Militarisierung*„.
- 67 Ein Einsatzverband kann aus einem Flugzeugträger, vier amphibischen Schiffen, elf Fregatten und Schnellbooten, Unterseebooten und Unterstützungs- und Versorgungsschiffen bestehen, weitere Einheiten können hinzukommen (vgl. <http://www.defense.gouv.fr>).
- 68 Quelle: *The Military Balance 2002/2003*, ISS London, Oktober 2002; zit. nach *IMI-Broschüre*.
- 69 Dänemark will sich vorerst nicht an der Eingreiftruppe beteiligen. Zwar bestehen keine grundlegenden Bedenken z. B. gegen militärische Minenräumung oder Flüchtlingstransporte. Der dänischen Regierung fehlt aber die klare Trennung zwischen zivilen und militärischen Aufgaben; vgl. ER, 22.11.2000.
- 70 *FAZ*, 10.7.2001.
- 71 *FAZ*, *Welt*, 11.2.2004.
- 72 Auf nationaler Ebene vergleichbar und geeignet zu verdeutlichen, was solch ein Amt tatsächlich macht: Das »Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung« (<http://www.bwb.org>).
- 73 Pflüger: (*Kern*) *Europa*, 27.
- 74 *FAZ*, 19.11.2003.
- 75 Struck im Interview der »*Lübecker Nachrichten*«, 4. Juni 2004.
- 76 Ein Auftrag gilt ohne förmlichen Bundestagsbeschluß, wenn nicht binnen sieben Tagen eine Fraktion oder fünf Prozent aller Abgeordneten widerspro-

- chen haben. Was nach Kontrolle klingt, ist in Wirklichkeit eine Umkehrung der Beweislast: Nicht mehr die Regierung muß ihre Militäreinsätze ausführlich begründen, sondern das Parlament oder Teile desselben seine Einwände dagegen. Die extrem knappe Frist macht den parlamentarischen Einspruch zusätzlich unwahrscheinlich.
- 77 <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/presse/2004-03-25.html>.
- 78 Vgl. ganz aktuell Friedrich et al.: *Verfassung*.
- 79 Polikeit: *Sozialabbau und Weltmachtkurs*, 13.
- 80 Vgl. *Jungle World*, 2. Juni 2004, 14.
- 81 Jochen Hoenig: »Zweiter Versuch«, Handelsblatt 11.6.2004.
- 82 Vgl. Pflüger: (*Kern*) *Europa*, 24.
- 83 Nebenbei: Der Dissens betrifft auch nicht die Festschreibung des herrschenden Wirtschaftssystems (»Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb« Art 1-3,2 bzw. »offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb« Art. 111-178 und 111-185,1).
- 84 Die entsprechenden Stellen sind zitiert im Anhang der *IMI-Broschüre*.
- 85 Für das in einem Berichtsentwurf des EP bereits ein eigener Haushalt gefordert und auch gleich ein Anteil von 0,5% des BIP vorgeschlagen wurde (Morillon: *Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur*, 9).
- 86 Vgl. <http://www.imi-online.de>.
- 87 »Die EU-Verfassung wird nach ihrer Verabschiedung über den nationalen Verfassungen stehen - auch über den (noch) relativ restriktiven Vorgaben des Grundgesetzes zum Einsatz der Bundeswehr« (www.imi-online.de).
- 88 Eine Übersicht über die aktuelle europäische Rüstungskoopeation bei Rohde et al.: *European Armaments Co-operation*.
- 89 Sehr offen beschreiben Dinkelacker et al.: *Howaldtswerke* die Folgen eines »Ausverkaufs« nationaler Rüstungskapazität an die USA auf die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands.
- 90 Andreas Rinke: »Europäer sichern ihre Rüstungsindustrie«, Handelsblatt 11.6.2004, B. Vgl. auch Wolf: Fusionsfieber, 165-190 mit Details über Tendenzen und Widersprüche europäischer Rüstungskoopeationen. Vergleichbares passiert im Panzerbau: Die Familie Röchling will ihren 42%igen Anteil an Rheinmetall abstoßen. Die Bundesregierung beabsichtigt, einen Verkauf an US-Rüstungsfirmen zu blockieren (Berliner Zeitung, 11.8.2004).
- 91 Ebd.
- 92 Vgl. Prokla 133: *Imperialistische Globalisierung*.
- 93 Vgl. FR, 20.5.2003.
- 94 Vgl. Altvater: *Ölkrieg*, ders.: *Fossil Energy Regime*, vgl. auch den Beitrag von Giovanni Krowalcyk in diesem Band.
- 95 Die scheinbare Militärmacht Rußlands liefert hier kein Gegenbeispiel, da die Bedeutung des russischen Militärs im verbliebenen Drohpotential der post-sowjetischen Atomwaffen besteht. Rußlands konventionelles Militär hingegen befindet sich in derart marodem und veraltetem Zustand, daß es sich kaum noch bei regionalen Besatzungsaufgaben - geschweige denn globalen Militärinterventionen - zu bewähren in der Lage ist.
- 96 Das zeigt sich unter anderem daran, daß auch zu Zeiten von Krise und explodierender Staatsverschuldung die internationalen Finanzinvestoren von den USA keine höhere Risikoprämie, also keine höheren Zinsen, auf ihre Schuldscheine verlangen.
- 97 Vgl. auch Euskirchen: *Öl-Dossier*.
- 98 Polikeit: *Sozialabbau und Weltmachtkurs*, 25.
- * Der Aufsatz erschien zuerst in dem Sammelband von Ilka Schröder (Hg.): *Weltmacht Europa - Hauptstadt Berlin? Ein EU-Handbuch*, Hamburg (2005) konkret, S. 61-93.